



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN, DIE EU UND DIE ÖSTLICHEN NACHBARN

- | | |
|---|----|
| ■ ANALYSE | |
| Östliche Partnerschaft contra EU-Partnerschaftsabkommen mit Russland?
Cornelius Ochmann, Berlin | 2 |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN | |
| Meinungsumfragen zum Verhältnis zu Russland | 6 |
| ■ DOKUMENTATION | |
| Polnisch-schwedischer Vorschlag: Östliche Partnerschaft | 11 |
| Die Östliche Partnerschaft – ein neues Kapitel in den Beziehungen der EU zu ihren
östlichen Nachbarn | 13 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| Vom 03. Februar bis zum 16. Februar 2009 | 15 |

Die Herausgeber danken dem Stiferverband für die Deutsche Wissenschaft für seine Unterstützung.

Analyse

Östliche Partnerschaft contra EU-Partnerschaftsabkommen mit Russland? Die Bedeutung des polnisch-russischen Verhältnisses für die Zukunft Europas

Cornelius Ochmann, Berlin

Zusammenfassung

Die Politik der erweiterten Europäischen Union gegenüber den östlichen Nachbarstaaten ist zweigeteilt. Einerseits bemüht sich die EU um eine Neuauflage des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) mit Russland, andererseits wurden die Beziehungen zu den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion vor einigen Wochen in der Strategie der »Östlichen Partnerschaft« neu definiert. Zuvor waren diese im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) festgelegt worden. Bei der Gestaltung beider Richtungen der »Europäischen Ostpolitik« spielt neben Deutschland Polen eine Schlüsselrolle, nicht nur wegen der inhaltlichen Kompetenz und staatlichen Ressourcen, die dafür aufgewandt werden, sondern auch aufgrund des Konsenses in der politischen Elite des Landes, den es in dieser wichtigen außenpolitischen Frage gibt. Sowohl bei der Verschiebung der Verhandlungen um ein neues PKA mit Russland Ende 2006 als auch bei der Gestaltung der »Östlichen Partnerschaft« ist dies zum Ausdruck gekommen. Daher kommt den bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Russland eine Schlüsselrolle für die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen der erweiterten EU und Russland zu.

Polnische Interessen in der EU

Am Rande des Weltwirtschaftsforums im Januar 2009 in Davos haben die Ministerpräsidenten Polens und Russlands, Donald Tusk und Wladimir Putin, politische Gespräche geführt. Dies war eine kleine Überraschung nach der verbalen Kritik aus Warschau während des russisch-ukrainischen Gaskonflikts in den ersten Januarwochen dieses Jahres. Polen hatte eindeutig zugunsten der Ukraine Position bezogen und sowohl Gazprom als auch den Kreml heftig kritisiert. Allerdings bleibt festzuhalten, dass Donald Tusk sehr zurückhaltend agiert und das Feld Staatspräsident Lech Kaczyński und seinem Außenminister Radosław Sikorski überlassen hatte. Die pragmatische Haltung eines Politikers, der die richtigen Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit gezogen hat? Zumindest ist es ein gravierender Unterschied im Vergleich zum Oktober 2006, als die damalige polnische Regierung unter Jarosław Kaczyński ein Veto im EU-Rat gegen die Aufnahme der PKA-Verhandlungen mit Russland eingelegt hatte. Die mediale Berichterstattung konzentrierte sich damals auf das Verbot für polnische Fleischimporte nach Russland, während sich die andere, viel wichtigere Forderung Polens auf die Energiepolitik der EU bezog, d. h. auf das Junktim zwischen der Ratifizierung der EU-Energiecharta durch Russland und der Aufnahme der EU-Verhandlungen mit Russland über das neue PKA. Diese Bedingung wurde von Russland bis heute nicht erfüllt, und dennoch akzeptierte die polnische Regierung die EU-Position und stimmte der Aufnahme der Verhandlungen

mit Russland am Ende der slowenischen Präsidentschaft im Juni 2008 zu.

Die Personalkonstellation bei der Podiumsdiskussion zur Eröffnung der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2009 zeigte, dass diese Haltung Früchte trägt, trat doch Ministerpräsident Tusk zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Podium auf. Außerdem deutet der für Mai 2009 angekündigte Besuch Putins in Polen auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten hin.

Folgen des Kriegs in Georgien

Nach der Entscheidung des EU-Rats im Juni 2008 schien das Haupthindernis in den Beziehungen zwischen der erweiterten EU und Russland aus dem Weg geräumt zu sein. Sogar die litauischen Bedenken wegen der seit Jahren außer Betrieb gesetzten Ölpipeline von Russland nach Litauen zur Ölraffinerie in Mažeikiai wurden neutralisiert. Hier wurden auch polnische Interessen geopfert, da die Raffinerie dem polnischen Ölkonzern Orlen gehört, der einen russischen Konkurrenten ausgestochen hatte.

Die Lage änderte sich schlagartig am 8. August 2008 mit dem Krieg in Georgien. Unabhängig davon, welche Seite die Verantwortung für den direkten Verlauf der Kriegshandlungen trägt, bleibt festzuhalten, dass dieser Krieg eine Reihe von sicherheitspolitischen Entscheidungen herbeigeführt hat, die die beteiligten Akteure bis heute außenpolitisch binden. Zunächst hat die EU

zum ersten Mal eine Vermittlerrolle zwischen einem Verbündeten der USA und Russland übernommen. Sie hat dank des Einsatzes des französischen Staatspräsidenten Sarkozy einen Waffenstillstand herbeigeführt und eine Mission initiiert, die diesen bis heute gewährleistet. Allerdings hatte sich Polen in diesem Konflikt auf die Seite Georgiens geschlagen und damit die Einheit der EU in Frage gestellt. Staatspräsident Kaczyński hatte eine Sondermission initiiert und war am dritten Kriegstag mit dem litauischen Präsidenten Valdas Adamkus, dem estnischen Präsidenten Toomas Ilves, dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko und anderen mitteleuropäischen Politikern nach Tiflis gereist, um den georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili zu unterstützen. Diese einseitige Parteinahme hat die europäische Position im Verhältnis zu Russland keinesfalls gestärkt. Allerdings lässt sich auch hier feststellen, dass Ministerpräsident Tusk viel zurückhaltender agierte als Präsident Kaczyński. Auf der anderen Seite geriet die polnische Regierung wegen des Kriegs in Georgien innenpolitisch unter starken Druck und musste sich daher auf einem anderen Feld bewegen. Die Verhandlungen mit den USA über die Stationierung von Elementen des amerikanischen Raketenabwehrsystems wurden beschleunigt, und nach kurzen Verhandlungen einigten sich Polen und Tschechien unmittelbar nach dem Krieg in Georgien auf die Errichtung der Systeme auf ihren Territorien. Dieser Sondervertrag mit den USA stürzte sowohl Polen als auch Tschechien in eine Krise in ihrem Verhältnis zu Russland. Auch seitens der anderen NATO-Partner in Europa kam es zu Verstimmungen, auch wenn das polnisch-tschechische Vorgehen angesichts der damals bevorstehenden Wahlen in den USA zunächst sehr zurückhaltend kommentiert wurde. Die Reaktionen der neuen amerikanischen Administration sind bisher abwartend. Die Überbewertung des Telefongesprächs zwischen dem neu gewählten Präsidenten Barack Obama und Präsident Lech Kaczyński ist symptomatisch für die polnischen Befindlichkeiten. Kaczyński behauptete, Obama habe ihm zugesichert, dass die Raketenabwehr in Polen eingerichtet wird. Dies wurde allerdings von amerikanischer Seite sofort dementiert. Die Kanzlei des Präsidenten musste das amerikanische Dementi bestätigen.

Die russische Ankündigung eines Junktims zwischen der Stationierung des Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien und der Stationierung von russischen Iskander-Raketen im Kaliningrader Gebiet ist ein Teil des globalen Spiels. Mittlerweile hat Russland die Entscheidung revidiert – unter der Voraussetzung, dass das amerikanische Raketenabwehrsystem nicht errichtet

wird. Der Auftritt des amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden auf der Sicherheitskonferenz in München hat gezeigt, dass diese Angelegenheit noch nicht abgeschlossen ist und die USA zunächst keinen Entscheidungsbedarf sehen. Die Zusicherung von Biden, in der Raketenfrage habe sich nichts geändert, wurde von Tusk positiv interpretiert. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich dieser Prozess weiter gestalten wird. Es ist aber offensichtlich, dass die Position Polens innerhalb der EU durch den bilateralen Vertrag mit den USA nicht geschwächt worden ist.

Auf russischer Seite hat die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten der jahrzehntelangen Status-Quo Politik Moskaus einen Bärendienst erwiesen, deren Tragweite mit Blick auf den Nordkaukasus heute noch gar nicht abgeschätzt werden kann. Hinzu kommt die Verquickung der Anerkennungspolitik im Kaukasus mit dem Kosovo, die den internationalen Handlungsspielraum Russlands eher verringert als vergrößert hat. Die militärische Intervention in Georgien fand zunächst eine überwältigende Zustimmung in der russischen Bevölkerung, fiel jedoch mit dem Beginn der Wirtschaftskrise in Russland in sich zusammen.

Der russisch-ukrainische Gaskonflikt 2009

Die innenpolitischen Kontroversen in Warschau über die Russland-Politik der EU hatten sich nach der EU-Entscheidung im November 2008 bis Ende des Jahres gelegt: Die Verhandlungen mit Russland über das neue PKA nach dem Georgien-Krieg waren wieder aufgenommen worden. Der polnische Präsident und die Opposition waren dagegen, die Regierung legte jedoch kein Veto gegen die Entscheidung der EU-Kommission ein. Tusk wollte nicht das Image des Bremsers wiederbeleben, das Polen in den letzten Jahren in der EU aufgebaut hatte.

Die Frage der Energiesicherheit ist ein Schlüsselthema, nicht nur in den polnisch-russischen, sondern auch in den polnisch-deutschen Beziehungen. Insbesondere die Ostseepipeline belastet das Verhältnis zwischen den beiden EU-Partnern Polen und Deutschland. Die Umstände, unter denen das deutsch-russische Projekt zustande gekommen war, und das Engagement des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder haben dem Projekt einen besonderen Beigeschmack gegeben. Die politische Sprengkraft dieses Vorhabens wird bei jeder Auseinandersetzung über die Energiepolitik der EU sichtbar. Polnische Experten weisen immer wieder darauf hin, dass abgesehen von den Umweltrisiken die Ostseepipeline aus ökonomischen Gründen eine Fehlentscheidung ist. Die »Amber-Pipeline« über die balti-

schen Staaten und Polen sei dagegen um ca. 50 % billiger als die geplante Ostseepipeline, die ca. 7 Mrd. Euro kosten sollte.

Anfang des Jahres brach der Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine aus. Von Anfang an stellten sich der polnische Präsident Kaczyński und die überwiegende Mehrheit der polnischen Bevölkerung auf die Seite der Ukraine. Die Regierung nahm eine differenziertere Position ein und versuchte, die Diskussion auf die Folgen des Konflikts zu lenken. Ministerpräsident Tusk hielt sich zurück und überließ das Feld seinem Außenminister Sikorski, der sich in seinem Handeln auf die Auswirkungen der Krise auf die EU-Energiestrategie konzentrierte. Dabei ging es zwar verbal weiterhin um die Verhinderung der Ostseepipeline, in der Sache jedoch mehr um die Schaffung einer neuen EU-Energiapolitik. Ein alter Plan aus dem Jahre 2006, bekannt unter dem Namen »Energie-NATO«, wurde aufgefrischt und von den EU-Energieministern auf einer Sondersitzung am 25. Januar 2009 in Budapest beschlossen. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten soll die Energie-Solidarität in der EU verstärken und Europa auf Unterbrechungslieferungen wie im Januar 2009 besser vorbereiten.

Unabhängig davon, ob die Ukraine oder Russland in diesem Konflikt Recht haben sollte, sind die Auswirkungen der Krise vorteilhaft für Polen. Einerseits ist es gelungen, mehr Energiesicherheit durch Reformen innerhalb der EU zu erhalten, andererseits ist die Entscheidung der EU für den Bau der Nabucco-Pipeline, die Gas aus dem kaspischen Raum, dem Irak, Turkmenistan und vielleicht auch Iran, quer durch die Türkei unter Umgehung Russlands nach Europa leiten soll, ein Schritt zu mehr Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen. Ferner hat die EU Polen zusätzliche Finanzhilfen genehmigt, die die Modernisierung des Energiesektors fördern sollen. Unter anderem ist der Bau eines Flüssiggasterminals in Swinemünde geplant, der auch Deutschland bedienen könnte. Schließlich steckt das Genehmigungsverfahren für die Ostseepipeline wegen Umweltauflagen vor schwedischen Gerichten fest und kann noch Jahre dauern. Polen blockiert bisher die Finanzierung dieser Pipeline seitens der Europäischen Investitionsbank. Hinzu kommt die Weltwirtschaftskrise, die den Verfall der Preise für Energieträger zur Folge hat und alle Investitionen im Energiebereich auf den Prüfstand stellt. Unter diesen Bedingungen stellt sich die Frage, ob private Investitionen wie die Ostseepipeline finanziert werden können. Auch die Tatsache, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel nach der Gas-Krise einen Brief zur Unterstützung der Ostseepipeline an alle europäischen Regierungschefs verschickt hat,

zeugt eher von schwindender Unterstützung für dieses Projekt unter den EU-Staaten nach dem letzten PR-Gau der ukrainisch-russischen Auseinandersetzung.

Festzuhalten bleibt, dass die polnische Regierung ihre Interessen erfolgreich durchsetzt, ohne innerhalb der EU als Feind Russlands am Pranger zu stehen, was während der Regierung von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) in den Jahren 2005-2007 offensichtlich war.

Polnische Ostpolitik – vom Veto 2006 bis zur »Östlichen Partnerschaft«

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass der Begriff »Ostpolitik« im polnischen politischen Wortschatz ein Unwort ist. Die Gründe dafür sind in der Konzeption der Brandtschen Ostpolitik zu finden, die in Polen als Dominanz des »russischen Vektors« interpretiert wurde. Daher darf es nicht verwundern, wenn der Ansatz von Außenminister Frank Steinmeier aus dem Jahre 2007, der in Anlehnung an den »Wandel durch Annäherung« von Egon Bahr »Verflechtung und Integration« betitelt wurde, in Polen auf große Zurückhaltung stieß.

In der polnischen politischen Elite dominiert die These des amerikanischen Politologen Zbigniew Brzezinski, »dass Russland ohne Ukraine kein Imperium sein kann«. Seit dem Zerfall der Sowjetunion ist die polnische Politik gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion darauf ausgerichtet, deren Unabhängigkeit zu unterstützen und zu bewahren. Das ist eine Konstante, die aus der polnischen Staatsräson resultiert und die im Kern nicht gegen Russland gerichtet ist. Viel mehr ist sie in der auf historischen Erfahrungen beruhenden Furcht vor einem imperialen Russland begründet. Unter diesen Voraussetzungen sollte die polnische Position bei der Gestaltung der EU-Strategie gegenüber Russland wahrgenommen werden. Diese Strategie ist besonders stark bei der Politik gegenüber der Ukraine sichtbar. Unabhängig von parteipolitischer Zuordnung haben sich alle polnischen Präsidenten und Regierungen für das östliche Nachbarland eingesetzt. Im Falle von Belarus beeinflusst außerdem die Lage der polnischen Minderheit die polnische Haltung.

Die polnischen Regierungen haben sich seit dem EU-Beitritt 2004 stets um eine Stärkung der EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarn bemüht, wobei klar zwischen Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion unterschieden wurde. Allerdings öffnete erst der französische Vorschlag einer »Union für das Mittelmeer« ein Fenster für die Intensivierung der EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarstaaten.

Zuerst wurde der Begriff »Östliche Partnerschaft« als schwedisch-polnische Initiative im Frühjahr 2008 in den EU-Rat eingebracht (siehe Dokumentation S. 11). Eine Verbindung zwischen der Billigung der Strategie für das Mittelmeer, der Aufnahme der PKA-Verhandlungen mit Russland und der im Dezember vorgestellten EU-Initiative zur »Östlichen Partnerschaft« (siehe Dokumentation S. 13f.) lässt sich anhand der bisherigen Dokumente schwer nachweisen. Die zeitliche Korrelation zwischen den drei wichtigen Beschlüssen der EU ist jedoch offensichtlich.

Fazit

Eine der Folgen des Kriegs in Georgien war ein zunehmendes Interesse der EU an der »Östlichen Partnerschaft« und die Ausweitung dieser Strategie auf den südlichen Kaukasus, d. h. Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Hinzu kommen die Bemühungen Polens, diese Strategie mit der Energie-Strategie der EU zu verknüpfen. Die Gaskrise hat dazu beigetragen, dass es innerhalb der EU zur verstärkten Auseinandersetzung mit dieser Thematik kam. Der Beschluss der Energieminister vom 25. Januar 2009 in Budapest deutet darauf hin.

Die Verhandlungen des neuen PKA mit Russland werden sich nicht nur aufgrund der Krisen im Verhältnis zu Russland in die Länge ziehen. Bisher ist auf der russischen Seite kein ausgeprägtes Interesse an einem neuen PKA vorhanden. Die Verzögerung des WTO-Beitritts Russlands könnte jedoch als Chance für ein neues Abkommen mit der EU genutzt werden, da es eine Möglichkeit bietet, Regelungen für den Warenverkehr zu bestimmen.

Druck von außen (in diesem Fall aus Russland) wird in der Zukunft zur Verlagerung der Prioritäten in der Ostpolitik der EU führen. Dem russischen Ministerpräsidenten Putin und der Gaskrise hat die EU zu verdanken, dass es zur Versachlichung der Energiestrategie der EU kam.

In der Zeit der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft ist in Prag in Anlehnung an den von Frankreich

initiierten »Mittelmeergipfel« ein Ost-Gipfel der EU für den 7. Mai 2009 geplant. Es bleibt abzuwarten, welchen Stellenwert die einzelnen Mitgliedsstaaten der neuen Strategie der EU beimessen werden. Die Mittelmeerstrategie der EU hat bereits deutlich gemacht, dass sehr viel von den beteiligten Staaten abhängt. Entscheidend wird hier sein, ob es der EU-Präsidentschaft gelingt, die wichtigsten Akteure, d. h. Deutschland und Polen, einzubinden.

Es ist zwar nicht davon auszugehen, dass die Ostseepipeline gestoppt wird. Der Bau der Nabucco-Pipeline würde jedoch eine Gewichtsverlagerung in der Ostpolitik zur Folge haben. Bis Ende Juni 2009 sind in diesem Falle Entscheidungen zu erwarten, welche die neue Energiestrategie der EU auf die Probe stellen werden.

Gleichzeitig entwickeln die USA eine neue Russland-Strategie. Zwar gibt es keinen Russland-Beauftragten in der neuen US-Administration, aber die ersten Töne gegenüber Russland sind sehr positiv. Der Auftritt des Vizepräsidenten Biden auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar verlangte eine Reaktion und Moskau scheint Entgegenkommen zu signalisieren, wie die Ankündigung, die Stationierung der Iskander-Raketen im Königsberger Gebiet auszusetzen, zeigt. Hinzu kommt, dass infolge der Wirtschaftskrise der Glanz der Energie-Supermacht verblasst, so dass sich Russland kooperativer gegenüber der EU zeigen könnte. Die Veränderung der globalen Großwetterlage wird nicht ohne Einfluss auf die Position Russlands in Europa bleiben.

Letztlich wird es in den nächsten Jahren wahrscheinlich darum gehen, wie das PKA mit Russland und die »Östliche Partnerschaft« der EU kompatibel gemacht werden können. Die Strategie der polnischen Regierung unter Ministerpräsident Tusk zeigt, dass es möglich ist, einerseits die Beziehungen mit den direkten Nachbarn der EU im Osten zu stärken und andererseits die Beziehungen mit Russland auf eine neue Grundlage zu stellen. Allerdings bleibt weiterhin die Frage offen, wie die EU eine langfristige strategische Partnerschaft mit Russland im 21. Jahrhundert überhaupt gestalten kann.

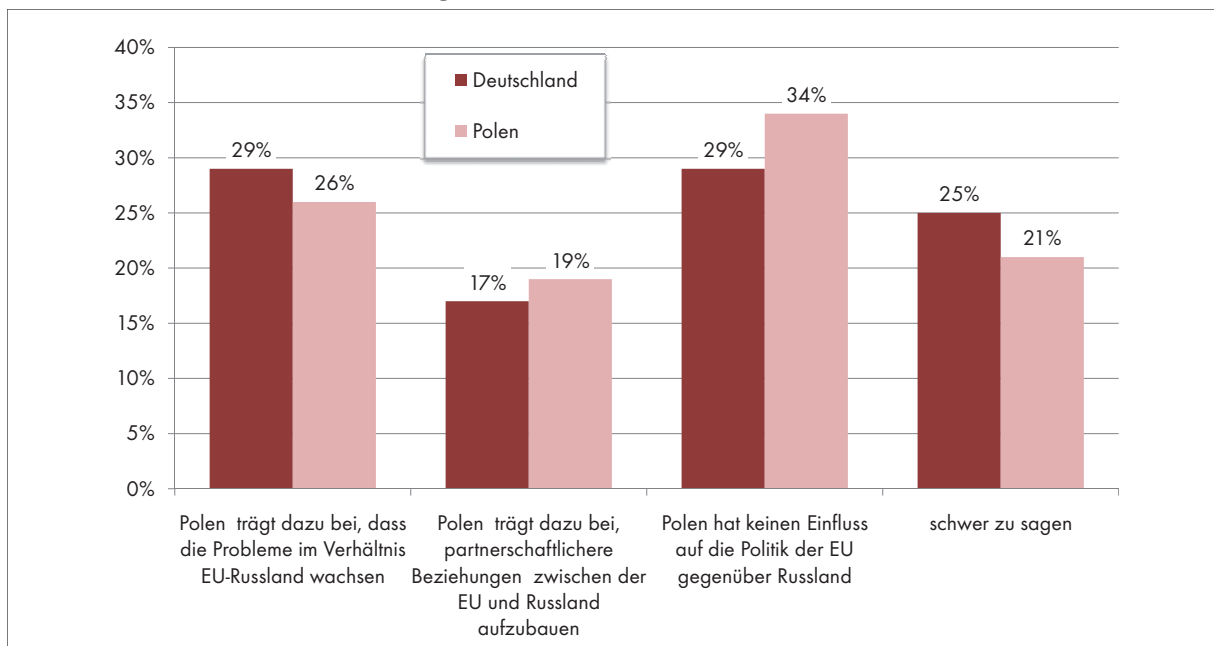
Über den Autor

Cornelius Ochmann, M.A., ist Osteuropa-Experte der Bertelsmann Stiftung. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf der Ostpolitik der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen der EU und Russland.

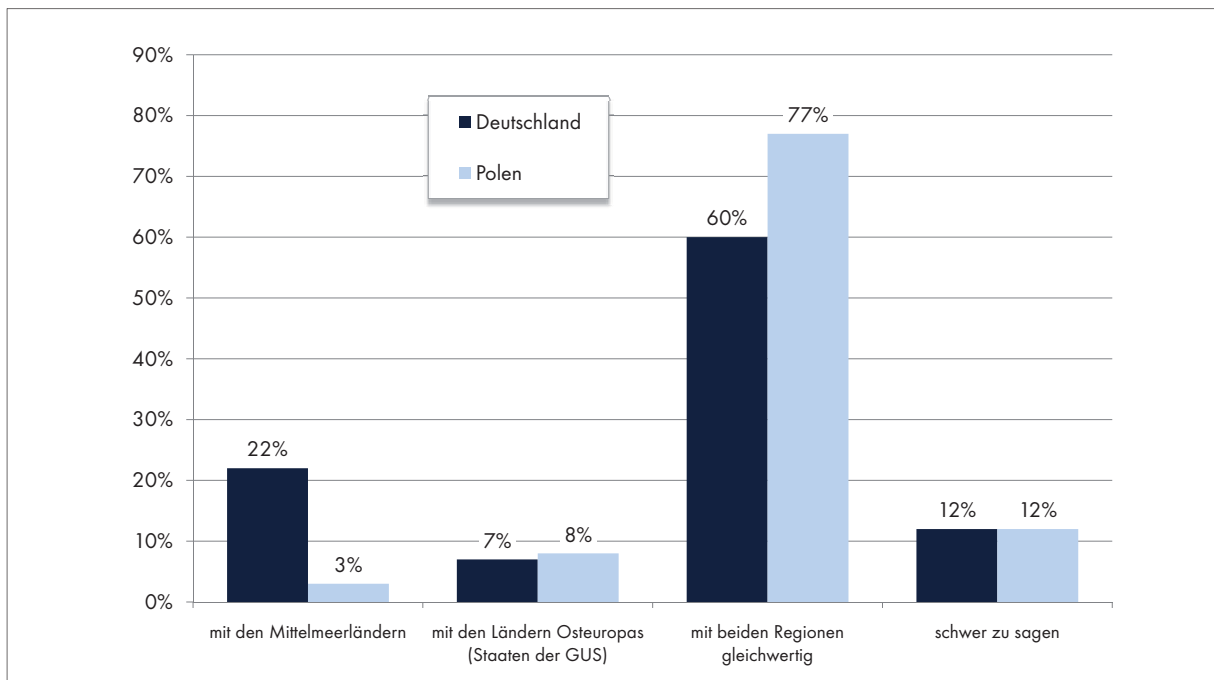
Tabellen und Grafiken

Meinungsumfragen zum Verhältnis zu Russland

Die Rolle Polens in den Beziehungen zwischen der EU und Russland (%)



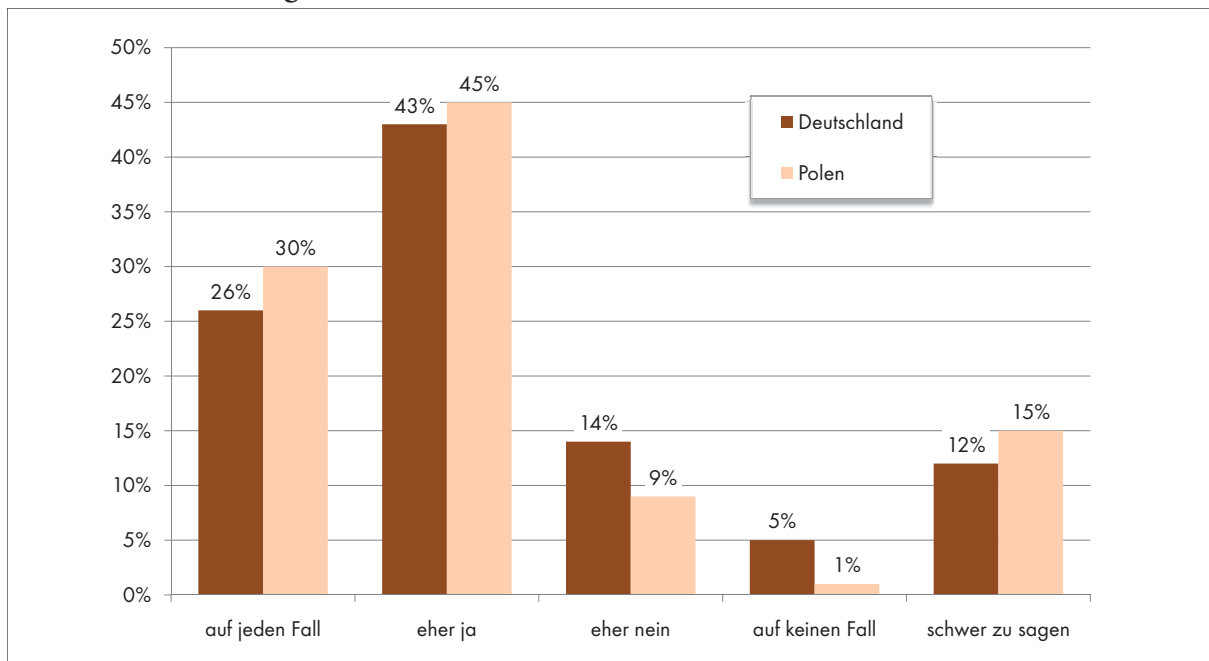
Mit welchen Ländern sollte die EU vor allem zusammenarbeiten?



Quelle: Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten]: *Polityka zagraniczna Unii Europejskiej – opinie Polaków i Niemców. Wyniki badań Instytutu Spraw Publicznych [Die Außenpolitik der Europäischen Union – Meinungen von Polen und Deutschen. Untersuchungsergebnisse des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten].* www.isp.org.pl

Umfrage vom 29.08. – 01.09.2008 (Polen) bzw. 19. – 29.09. 2008 (Deutsche)

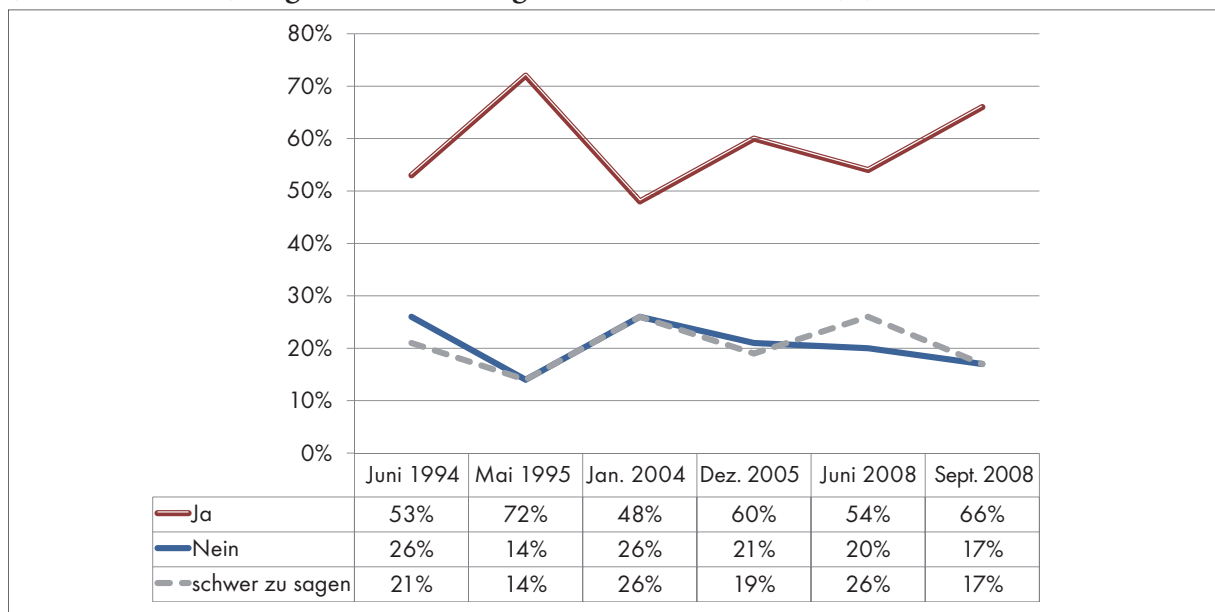
Wird Russland in nächster Zukunft danach streben, Einfluss in den Ländern Osteuropas (Staaten der GUS) zu gewinnen? (%)



Quelle: Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten]: *Polityka zagraniczna Unii Europejskiej – opinie Polaków i Niemców. Wyniki badań Instytutu Spraw Publicznych [Die Außenpolitik der Europäischen Union – Meinungen von Polen und Deutschen. Untersuchungsergebnisse des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten].* www.isp.org.pl

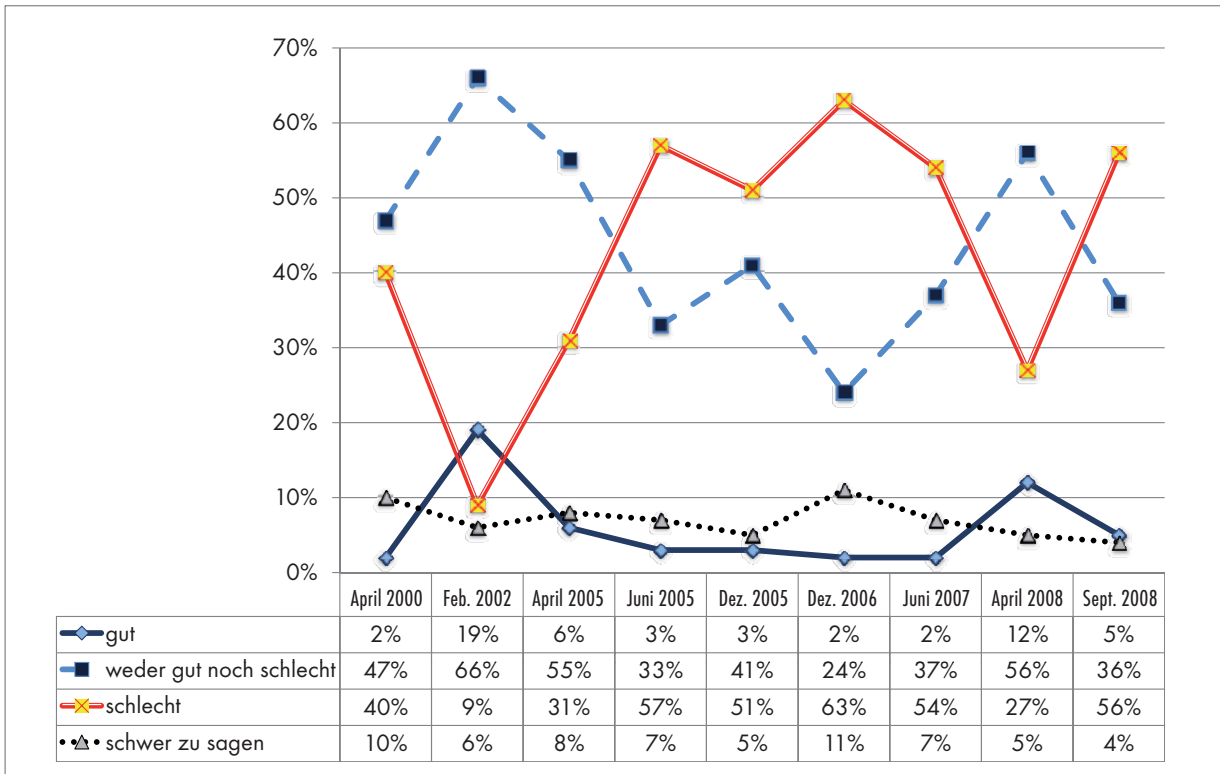
Umfrage vom 29.08. – 01.09.2008 (Polen) bzw. 19. – 29.09. 2008 (Deutsche)

Wird Russland in nächster Zukunft danach streben, Einfluss in den Ländern Osteuropas (Staaten der GUS) zu gewinnen? Umfragen in Polen 1994–2008 (%)



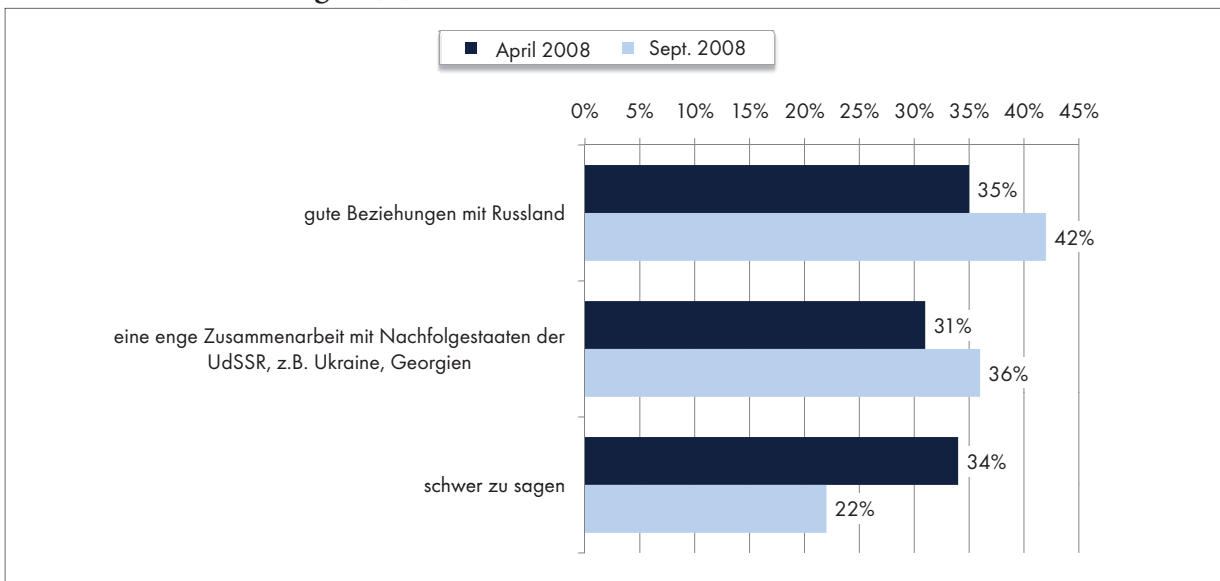
Quelle: CBOS, BS/158/2008: *Stosunki polsko-rosyjskie i sytuacja na Kaukazie. [Die polnisch-russischen Beziehungen und die Situation im Kaukasus.]* Warszawa, 10/2008, www.cbos.pl

Wie beurteilen Sie die aktuellen polnisch-russischen Beziehungen? (%)



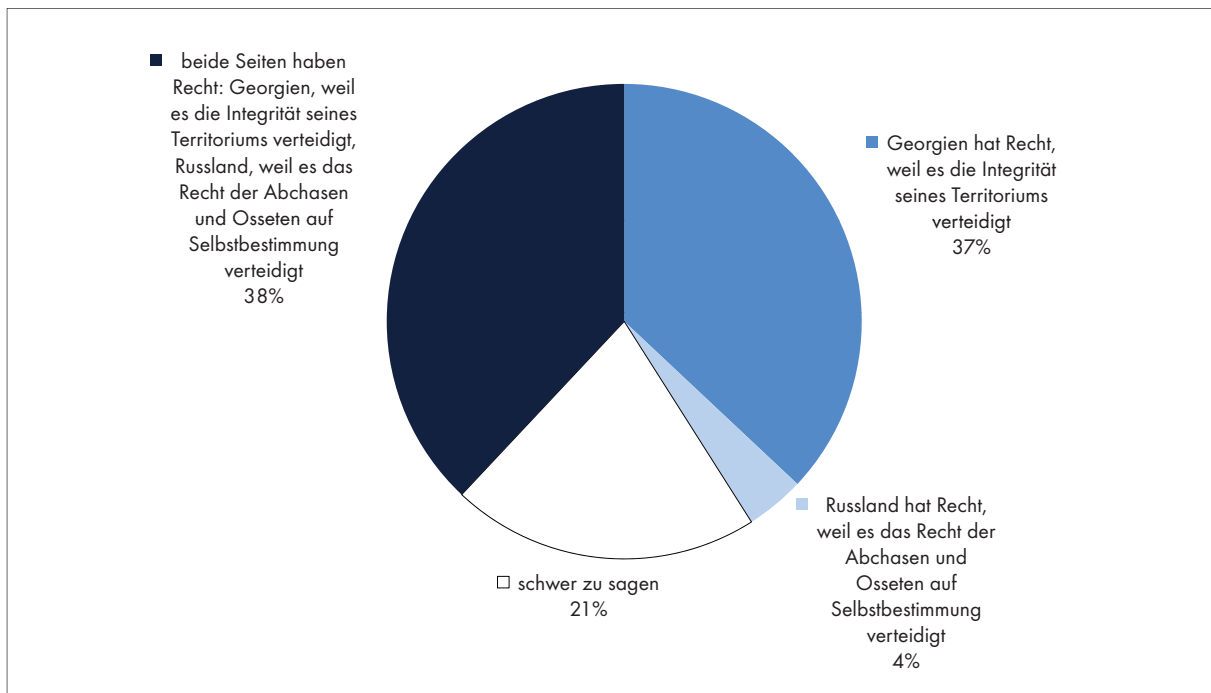
Quelle: CBOS, BS/158/2008: Stosunki polsko-rosyjskie i sytuacja na Kaukazie. [Die polnisch-russischen Beziehungen und die Situation im Kaukasus.], Warszawa, 10/2008, www.cbos.pl

Was ist für Polen wichtiger? (%)



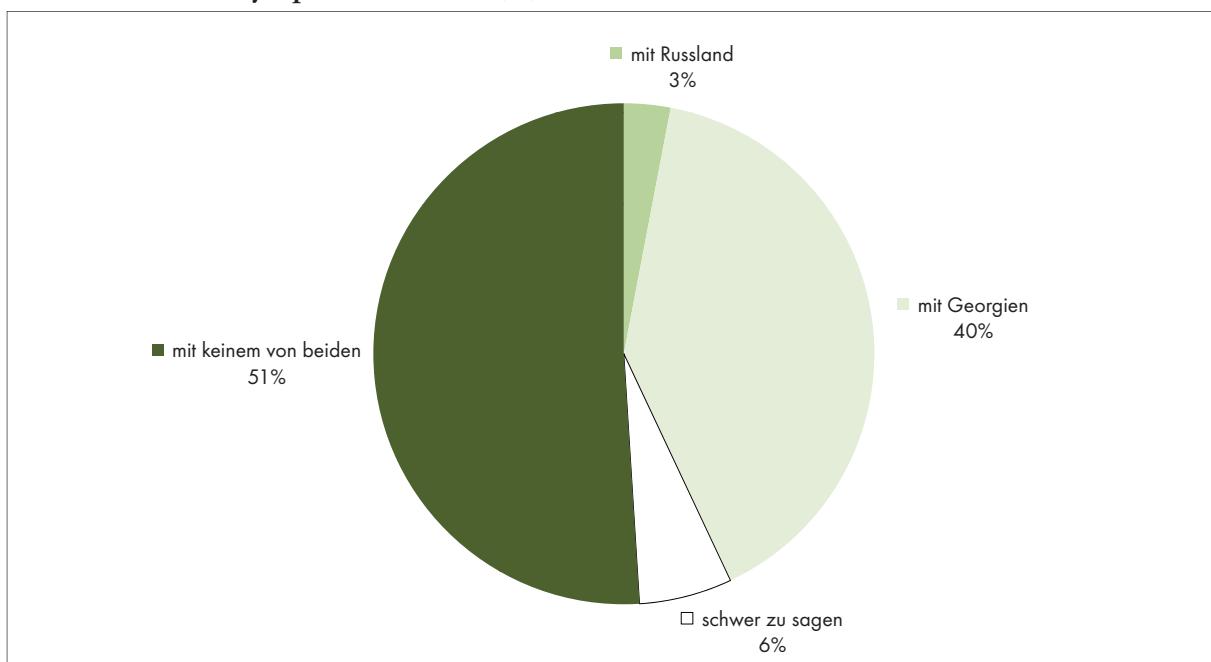
Quelle: CBOS, BS/158/2008: Stosunki polsko-rosyjskie i sytuacja na Kaukazie. [Die polnisch-russischen Beziehungen und die Situation im Kaukasus.], Warszawa, 10/2008, www.cbos.pl

Welche Seite hat im russisch-georgischen Konflikt Recht? (%)



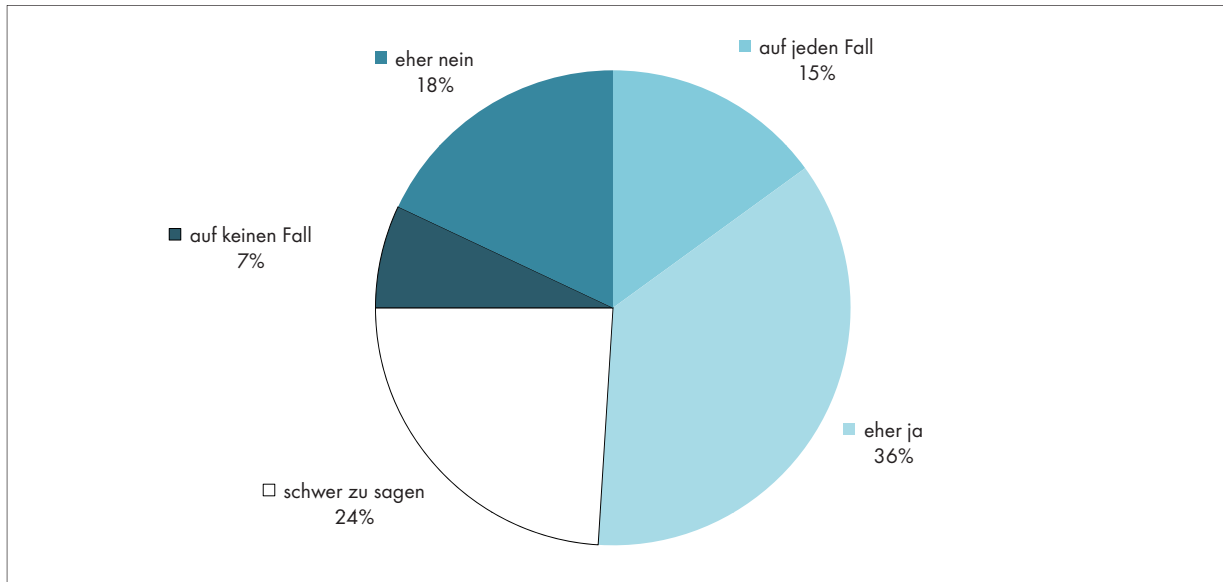
Quelle: CBOS, BS/158/2008: *Stosunki polsko-rosyjskie i sytuacja na Kaukazie*. [Die polnisch-russischen Beziehungen und die Situation im Kaukasus.], Warszawa, 10/2008, www.cbos.pl

Mit welcher Seite sympathisieren Sie? (%)



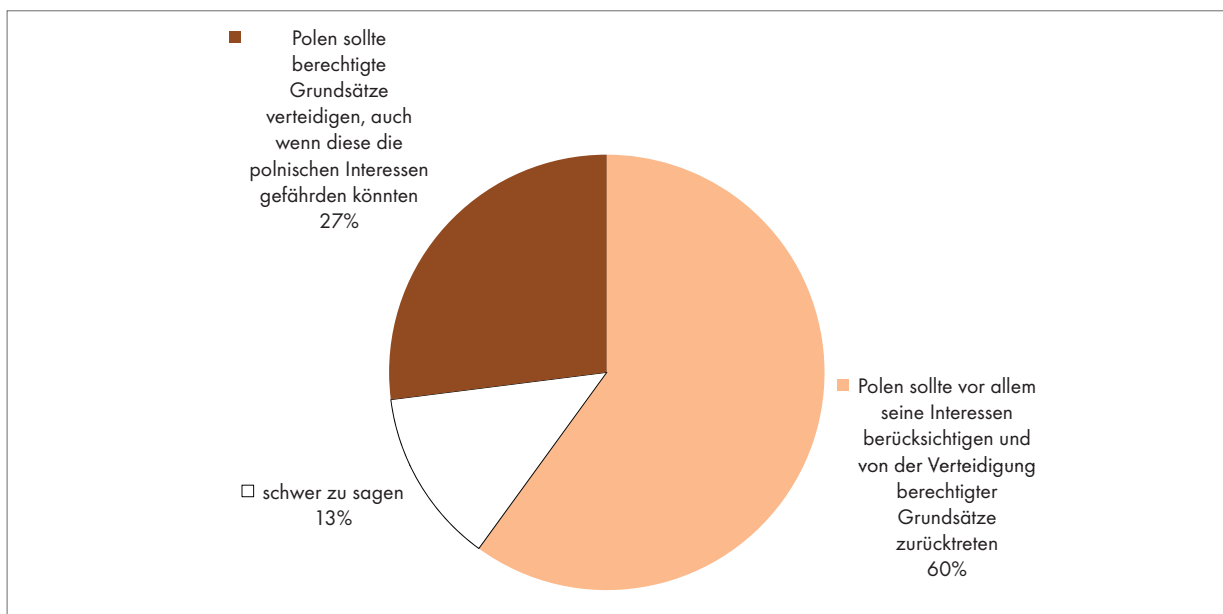
Quelle: CBOS, BS/158/2008: *Stosunki polsko-rosyjskie i sytuacja na Kaukazie*. [Die polnisch-russischen Beziehungen und die Situation im Kaukasus.], Warszawa, 10/2008, www.cbos.pl

Ist der polnische Standpunkt im russisch-georgischen Konflikt angemessen? (%)



Quelle: CBOS, BS/158/2008: *Stosunki polsko-rosyjskie i sytuacja na Kaukazie. [Die polnisch-russischen Beziehungen und die Situation im Kaukasus.]*, Warszawa, 10/2008, www.cbos.pl

Sollte Polen in der Außenpolitik vor allem seine Interessen berücksichtigen oder berechnete Grundsätze verteidigen, auch wenn diese die polnischen Interessen gefährden könnten? (%)



Quelle: CBOS, BS/158/2008: *Stosunki polsko-rosyjskie i sytuacja na Kaukazie. [Die polnisch-russischen Beziehungen und die Situation im Kaukasus.]*, Warszawa, 10/2008, www.cbos.pl

Dokumentation

Polnisch-schwedischer Vorschlag: Östliche Partnerschaft

Juni 2008

Es besteht die Notwendigkeit, das europäische Angebot in östlicher Richtung sowie die Entwicklung der Östlichen Partnerschaft zu verstärken. Diese Partnerschaft sollte auf der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) basieren, aber über ihre gegenwärtige Form hinausgehen, indem sie einerseits das Prinzip der Differenzierung der nachbarschaftlichen Beziehungen in Übereinstimmung mit der ENP bestätigt und andererseits die horizontalen Beziehungen zwischen den Nachbarn und der EU verstärkt. In diesem Zusammenhang schlagen wir vor:

- die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit. Das Angebot der stärkeren Integration mit der EU sollte alle östlichen Partner umfassen. An erster Stelle würde die Ukraine davon profitieren, weitere Staaten kämen abhängig von ihren Ambitionen und Leistungen hinzu.
- die Entwicklung einer dauerhaften Formel multilateraler Zusammenarbeit, die die bestehenden Muster regionaler Zusammenarbeit ergänzt.

Die vertiefte bilaterale Zusammenarbeit wird umfassen:

- Eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der umfassenden Migrationsagenda, die Bemühung um einen visumsfreien Verkehr als langfristiges Ziel, eine flexiblere Visumpolitik in kurzfristiger Perspektive. Es sollte eine Roadmap verabschiedet werden, die die einzelnen Schritte und Bedingungen bis zur Erreichung des visumsfreien Verkehrs klar benennt.
- Die Ausweitung einer Freihandelszone, die auf einer Reihe von individuell ausgehandelten vertieften und umfassenden Verträgen über freien Handel zwischen der EU und den Partnerländern basiert.
- Die erweiterte Unterstützung der EU für Reformen in verschiedenen Bereichen in Übereinstimmung mit den europäischen Standards.
- Die Intensivierung zwischenmenschlicher Kontakte durch erweiterte studentische und akademische Austauschprogramme, Foren und Seminare für die Bürgergesellschaft, Zusammenarbeit und Austausch zwischen lokalen und regionalen Partnern u.ä.
- Die Anpassung der Methodologie innerer Reformen und die Werbung für den Prozess der europäischen Integration. Eine neue Generation von Aktionsplänen, die mit jedem Partnerland abgestimmt sind, mit klaren Maßstäben und einem Zusammenhang mit der Anpassung an die EU-Gesetzgebung, -Standards und -Normen. Die Reformen sollten zunehmend im Vergleich mit den EU-Standards über ein spezielles von der EU-Kommission durchgeführtes Monitoring bewertet werden.
- Verträge, die über das aktuelle Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) hinausgehen, sollten allen östlichen Nachbarn zu gegebener Zeit und in Abhängigkeit von den Reformfortschritten angeboten werden. Ein neuer, erweiterter Vertrag mit der Ukraine kann als Anhaltspunkt dienen, entsprechend angepasst für das jeweilige Partnerland.
- Die Garantie der Verteilung von Hilfsfonds der EU, die den Fortschritt bei der Umsetzung der vereinbarten Ziele sowie die Absorptionsfähigkeit widerspiegelt.
- Der Grundsatz der Differenzierung zwischen den Partnerländern ist ein Schlüsselement.

Multilaterale Zusammenarbeit

Der geografische Rahmen

Die Zusammenarbeit wird die 27 EU-Länder und sechs östliche Partner, die die ENP umfasst (Ukraine, Moldawien, Aserbaidschan, Armenien, Georgien und Belarus), betreffen. (Die Zusammenarbeit mit Belarus würde zunächst auf technischer und Expertenebene stattfinden; die Erweiterung der Zusammenarbeit wird vorgenommen, wenn es die Bedingungen erlauben.) Finanzielle Projekte im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) können auch auf Russland ausgeweitet werden.

Die Projektorientierung

Die Zusammenarbeit wird sich auf die Umsetzung konkreter Projekte stützen.

Flexible Teilnahme an Projekten

Das Engagement im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit wird freiwillig und abhängig von den Interessen der einzelnen Länder an konkreten Projekten sein.

Komplementarität gegenüber regionalen Projekten

Die multilaterale Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn wird komplementär zu den bisherigen regionalen Initiativen »Schwarzmeer-Synergie« und »Nördliche Dimension« sein.

Mehrwert

- Stimulierung der multilateralen Zusammenarbeit zwischen den östlichen Partnern selbst, was den Aufbau regionaler Beziehungen begünstigt.
- Entwicklung eines multilateralen Formats, das es ermöglicht, Fragen zu thematisieren, die nicht nur die Region Schwarzes Meer und Ostsee betreffen, sondern auch darüber hinausgehende, z. B. die Landgrenzen und Initiativen, die eng mit der Zusammenarbeit der östlichen Nachbarn mit der EU im Rahmen der ENP verbunden sind.
- Erweiterung des Angebots gegenüber Belarus, das bisher noch in keine der multilateralen Initiativen der EU integriert ist. Die multilaterale Zusammenarbeit würde die Möglichkeit eröffnen, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, z. B. die Jugend, kleinere und mittlere Unternehmen sowie einfache Beamte in die Zusammenarbeit mit der EU einzubinden.

Finanzierung

Die finanziellen Mittel zur Realisierung der Projekte, die im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit initiiert werden, stammen aus dem bereits zugänglichen Fonds des ENPI (u. a. das Budget, das für die regionale Zusammenarbeit in der östlichen Nachbarschaft sowie für die transnationale Zusammenarbeit bestimmt ist). Die Verstärkung der östlichen Dimension ist demnach für das EU-Budget neutral. Die EU-Mittel können mit Krediten der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) sowie mit Mitteln, die von einzelnen EU-Mitgliedsländern sowie vom Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und anderen Partnerstaaten freiwillig zur Verfügung gestellt werden, kombiniert werden (Verbreitung des Mechanismus des »Trust Fund«).

Institutioneller Rahmen

Die institutionelle Struktur sollte so stark wie möglich beschränkt sein und der Verwirklichung der genannten Ziele dienen. Sie sollte sich auf die bewährten Mechanismen der Gemeinschaft stützen. Eine adäquate Formel kann die Berufung eines Sonderkoordinators und die Bildung konkreter Arbeitsgremien (z. B. Konferenzen oder Arbeitsgruppen) je nach Bedarf sein. Abhängig von der Entwicklung der multilateralen Zusammenarbeit kann die Organisation ministerieller Treffen erwogen werden. Diese könnten die EU-Troika, Nachbarländer und interessierte EU-Mitgliedsländer einbeziehen. Die multilaterale parlamentarische Zusammenarbeit wäre ebenfalls von Nutzen.

Bereiche der Zusammenarbeit

Die Bereiche der Zusammenarbeit lassen sich thematisch folgendermaßen einteilen:

I. Politik und Sicherheit

Demokratie, gemeinsame Werte, Rechtsstaatlichkeit, Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, Öffentlicher Dienst, lokale Selbstverwaltung;

II. Grenzen und Personenverkehr

Migration, flexiblere Gestaltung der Visavergabe, Grenzfürsorge, Grenzinfrastruktur;

III. Wirtschaft und Finanzen

Implementierung von Wirtschaftsreformen gemäß den Aktionsplänen, wirtschaftliche Integration der östlichen Nachbarn, Aufhebung der Handelsbarrieren zwischen diesen und der EU, Entwicklung eines Transport- und Telekommunikationsnetzes, Energie, Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Regulatoren, Tourismus;

IV. Umwelt

Bekämpfung des Klimawandels, umweltfreundliche Technologien, Entwicklung eines Umweltbewusstseins in der Bevölkerung;

V. Gesellschaft

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zwischenmenschliche Kontakte, Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen NGOs, Bildungsprogramme, gemeinsame wissenschaftliche Projekte.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej [Außenministerium der Republik Polen], http://www.ms.gov.pl/Propozycja_Polsko-Szwedzka,19890.html (abgerufen am 29.01.2009)

Am 3. Dezember 2008 legte die EU-Kommission zwei Papiere zur Entwicklung der Östlichen Partnerschaft vor:

- Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Eastern Partnership,
- Commission staff working document, accompanying the Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Eastern Partnership

http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/docs/com08_823_en.pdf (abgerufen am 29.01.2009)

http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/docs/sec08_2974_en.pdf (abgerufen am 29.01.2009)

Zu diesen Papieren wurde am 3. Dezember 2008 eine Presseerklärung abgegeben:

Brüssel, den 3. Dezember 2008

Die Östliche Partnerschaft – ein neues Kapitel in den Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarn

Der Vorschlag der Kommission für eine neue Östliche Partnerschaft stellt ein Novum in den Beziehungen zu Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien und der Ukraine dar. Diese ehrgeizige Partnerschaft sieht eine erhebliche Ausweitung des politischen Engagements vor, z. B. die Möglichkeit, eine neue Generation von Assoziierungsabkommen abzuschließen, die weitreichende Integration in die EU-Wirtschaft, die Vereinfachung der Einreisebedingungen in die EU bei Erfüllung bestimmter Sicherheitserfordernisse, verbesserte Vereinbarungen im Bereich der Energieversorgungssicherheit, die allen Beteiligten zugute kommen, sowie die Aufstockung der finanziellen Hilfe. Die EU schlägt eine intensivere, kontinuierliche Unterstützung der Reformbemühungen der Partner vor. Dazu sollen ein umfassendes Programm für den Institutionenaufbau entwickelt und eine multilaterale Dimension geschaffen werden, so dass die Partner bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen zusammenwirken können. Die vorgeschlagene Partnerschaft beinhaltet neue Maßnahmen zur Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der sechs Länder sowie fünf Vorreiterinitiativen, die für eine große Sichtbarkeit der EU-Unterstützung sorgen.

Kommissionspräsident Barroso erklärte hierzu: »Nur wenn es auf beiden Seiten einen starken politischen Willen und ein großes Engagement gibt, wird es der Östlichen Partnerschaft gelingen, das Ziel der politischen Assoziierung und wirtschaftlichen Integration zu erreichen. Wir müssen Stabilität und Wohlstand auf beiden Seiten noch stärker fördern. Diese Anstrengungen werden durch einen bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Nutzen rasch ausgeglichen und werden zu mehr Stabilität und Sicherheit sowohl für die EU als auch für unsere östlichen Partner führen.«

»Es ist an der Zeit, in den Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn ein neues Kapitel zu eröffnen«, fügte Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik hinzu. »Wir haben auf den Fortschritten der letzten Jahre aufgebaut und ein ehrgeiziges und gleichzeitig ausgewogenes Angebot vorgelegt. Die Ereignisse in Osteuropa und dem Südkaukasus wirken sich immer auch auf die Sicherheit und Stabilität der EU aus. Unsere Politik gegenüber diesen Ländern sollte solide, proaktiv und eindeutig sein. Die EU wird das erfolgreiche

Konzept der maßgeschneiderten Programme auf einer neuen Ebene fortsetzen und eine starke multilaterale Dimension hinzufügen. Unser Grundprinzip bleibt jedoch erhalten: Der Fortschritt muss mit den Reformbemühungen unserer Partner einhergehen. Durch dieses neue Paket erhalten die Partner aber auch eine größere Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer Ziele«.

Mit der Östlichen Partnerschaft wird dem Wunsch der östlichen EU-Nachbarn entsprochen, sich der Europäischen Union anzunähern. Die EU hat aber auch ein vitales Interesse daran, die Stabilität, eine verantwortungsvolle Regierungsführung und die wirtschaftliche Entwicklung in den östlichen Nachbarländern zu fördern.

Seit 1989 haben sich in den östlichen Nachbarländern der EU tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Durch die aufeinanderfolgenden Erweiterungen sind unsere östlichen Nachbarn näher an die EU gerückt und haben sich der EU durch die im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) unterstützten Reformen auch politisch und wirtschaftlich angenähert. Die EU trägt eine wachsende Verantwortung für diese Partner; sie muss ihnen – nicht zuletzt angesichts des Georgienkonflikts im vergangenen Sommer – helfen, ihre politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen und ihr Streben nach näherer Anbindung an die EU unterstützen. Infolge des Kaukasuskonflikts hat der Europäische Rat die Kommission auf seiner Tagung am 1. September aufgefordert, ihren Vorschlag früher als ursprünglich geplant vorzulegen.

Nach Beratungen mit den östlichen Partnern schlägt die Kommission vor, die Beziehungen zu diesen Partnern zu vertiefen und einen multilateralen Rahmen für die Zusammenarbeit zu schaffen. Hauptpunkte der Initiative sind:

- Neue Assoziierungsabkommen, einschließlich weitreichender und umfassender Freihandelsabkommen mit denjenigen Partnern, die bereit und in der Lage sind, die damit einhergehenden weitreichenden Verpflichtungen gegenüber der EU einzugehen
- Umfassende von der EU finanzierte Programme zur Verbesserung der Verwaltungskapazitäten der Partner
- Allmähliche Integration in die EU-Wirtschaft (wobei die Integrationsgeschwindigkeit von den Volkswirtschaften der Partner abhängt), einschließlich rechtlich bindender Verpflichtungen zur Angleichung der Rechtsvorschriften
- Unterstützung der Partner bei der Entwicklung eines Freihandelsnetzes untereinander, das langfristig zur Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Nachbarländern führen könnte
- Abschluss von »Mobilitäts- und Sicherheitspakten«, die ein einfacheres, legales Einreisen in die EU ermöglichen, bei gleichzeitiger Intensivierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption, des organisierten Verbrechens und der illegalen Migration. Diese Pakte könnten auch die Modernisierung der Asylsysteme nach EU-Standards und die Schaffung integrierter Grenzverwaltungsstrukturen umfassen, mit dem Ziel, letztlich das visafreie Reisen innerhalb aller kooperierender Partnerländer zu ermöglichen
- Die Kommission wird Möglichkeiten für die Arbeitskräftemobilität prüfen, was zu einer weiteren Öffnung des EU-Arbeitsmarktes führen soll
- Förderung der Energieversorgungssicherheit für die EU und ihre östlichen Partner
- Programme zur Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Partnerländern, insbesondere zur Überwindung der erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in diesen Ländern
- Schaffung von vier multilateralen politischen Plattformen zu den folgenden Themen: Demokratie, verantwortungsvolle Regierungsführung und Stabilität; wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik; Energieversorgungssicherheit sowie Kontakte zwischen den Menschen zur weiteren Unterstützung der individuellen Reformbemühungen der Partner
- Vorreiterinitiativen: Integriertes Grenzverwaltungsprogramm; KMU-Fazilität; Förderung regionaler Strommärkte, der Energieeffizienz und erneuerbarer Energieträger; Entwicklung des südlichen Energiekorridors; Zusammenarbeit bei der Katastrophenvorsorge und der Bewältigung natürlicher und von Menschen verursachter Katastrophen
- Mehr Kontakte zwischen den Menschen und größere Einbeziehung der Zivilgesellschaft und anderer Beteiligter, einschließlich des Europäischen Parlaments
- Zusätzliche finanzielle Unterstützung – eine erhebliche Aufstockung von 450 Mio. EUR im Jahr 2008 auf 785 Mio. EUR im Jahr 2013. Dies bedeutet, dass zusätzlich zu der geplanten Mittelausstattung für 2010–2013 weitere 350 Mio. EUR bereitgestellt werden. Darüber hinaus werden wir 250 Mio. EUR, die bereits ENP-Regionalprogrammen zugewiesen wurden, umverteilen.

Die Kommission schlägt vor, diese Initiative im Frühjahr 2009 anlässlich eines Sondergipfels zu der »Östlichen Partnerschaft« auf den Weg zu bringen.

Quelle: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1858&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Chronik
Vom 03. Februar bis zum 16. Februar 2009

03.02.2009	Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise verabschiedet die Regierung ein Sparmaßnahmenpaket für das Jahr 2009 in Höhe von 19,7 Mrd. Zloty. Betroffen sind neben Ministerien auch die landesweite Versicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS) und die Budgets der Woiwodschaften.
04.02.2009	Die ehemaligen Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, Andrzej Zoll, Marek Safjan und Jerzy Stępień, sprechen sich für eine Verfassungsänderung zur Klärung der Kompetenzen des Ministerpräsidenten und des Staatspräsidenten aus. Diese sei nötig, damit Polen eine aktive Rolle bei der europäischen Integration spielen, auf die Wirtschaftskrise reagieren und die eigene Entwicklung vorantreiben könne und nicht durch Kompetenzstreitigkeiten gelähmt werde.
05.02.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński beruft die Wirtschaftswissenschaftler Ryszard Bugaj und Adam Glapiński als Wirtschaftsberater. Auf der ersten Pressekonferenz sprechen sie sich für die Einführung des Euro in Polen frühestens im Jahr 2015, spätestens 2020 aus. Die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk strebt die Einführung für 2012 an.
06.02.2009	Aus Anlass des 20. Jahrestages des Beginns der Verhandlungen am Runden Tisch hat Staatspräsident Lech Kaczyński zu einer Historiker-Tagung eingeladen. Am Vortag fand im Sejm eine Konferenz statt, an der ehemalige Vertreter des Runden Tisches, Historiker und Politiker teilnahmen.
07.02.2009	Nach einem Gespräch mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden während der Münchener Sicherheitskonferenz versichert Ministerpräsident Donald Tusk, dass die neue Regierung der Vereinigten Staaten an dem in Polen und Tschechien geplanten Raketabwehrschild festhalte und eventuelle Änderungen mit Polen konsultieren werde. Im Vorfeld waren Befürchtungen laut geworden, dass sich die USA zugunsten der Verbesserung der Kontakte mit Russland aus dem Projekt zurückziehen werden.
09.02.2009	Nach der Ermordung eines polnischen Geologen in Pakistan, der im September 2008 entführt worden war, wird der Geschäftsträger der pakistanischen Botschaft in Warschau in das Außenministerium einbestellt und ihm eine Protestnote überreicht. Darin wird die Regierung Pakistans aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Befreiung des Geologen detailliert darzulegen. Außenminister Radosław Sikorski unterstreicht, die polnische Regierung habe alle möglichen diplomatischen, militärischen und geheimdienstlichen Mittel eingesetzt, um die Befreiung zu erreichen. Noch sei unklar, warum die Verhandlungen erfolglos geblieben seien. Zur Aufklärung werde das Außenministerium alle vertraulichen Dokumente zur Verfügung stellen.
09.02.2009	Auf einer Diskussionsveranstaltung in Berlin anlässlich des 20. Jahrestages des Beginns der Verhandlungen am Runden Tisch hebt Außenminister Frank Steinmeier hervor, dass die Solidarność-Bewegung und schließlich der »Runde Tisch« den Umbruch in Mitteleuropa eingeläutet hätten. Viele der damaligen Grundsätze, wie die Notwendigkeit, außerhalb festgefahrener Kategorien zu denken, den Dialog statt Konfrontation zu suchen und der verantwortliche Umgang mit Macht und mit der Freiheit seien auch heute gültig. Außenminister Radosław Sikorski sagt die Teilnahme wegen der Ermordung des polnischen Geologen in Pakistan kurzfristig ab. Neben dem ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki nehmen weitere deutsche und polnische Teilnehmer der »Runden Tische« in Polen und in der DDR sowie Ehemalige des Europäischen Jugendparlaments teil.
10.02.2008	Die Regierungspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) reicht im Sejm ein Gesetzesprojekt ein, das die Aufhebung der Parteienfinanzierung für die Zeit von April 2009 bis Dezember 2010 vorsieht. Auf der Suche nach Sparmaßnahmen sei dies ein richtiger Ansatzpunkt, zeigt sich PO-Chef Zbigniew Chlebowski überzeugt. Der Koalitionspartner Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) kündigt einen eigenen Gesetzesentwurf an.
11.02.2009	Ein Treffen mit Ministerpräsident Donald Tusk zur Beratung von Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise wertet der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, als Schritt, den Kriegszustand zwischen PiS und Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) zu beenden und in die Phase üblicher politischer Konkurrenz zu treten. Dies habe er bereits auf dem Parteitag der PiS Anfang des Monats angekündigt.

12.02.2009	Sejmmarschall Bronisław Komorowski unterstreicht, dass die Auseinandersetzung Anfang der Woche zwischen dem Politiker Jan Rokita (bis 2007 Abgeordneter der Bürgerplattform – Platforma Obywatelska – PO im Sejm) und einer Stewardess in einer Lufthansamaschine vor dem Abflug auf dem Münchener Flughafen als Problem zwischen einem Passagier und einer Fluglinie zu behandeln sei und daher eine konsularische Angelegenheit und keine politische sei. Politiker von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) hatten entschiedene Schritte von der polnischen Regierung verlangt. Rokita hatte sich beklagt, dass er in Handschellen von der deutschen Polizei abgeführt und als Pole schlecht behandelt worden sei.
13.02.2009	Ministerpräsident Donald Tusk bekräftigt, dass Justizminister Andrzej Czuma nicht seines Amtes enthoben wird. Hintergrund sind Meldungen, dass Czuma nicht getilgte Schulden in den Vereinigten Staaten aus der Zeit seiner Emigration hat. Außerdem wird ihm Nepotismus vorgeworfen, weil er seinen Sohn als »gesellschaftlichen Assistenten« im Justizministerium eingesetzt hat.
13.02.2009	Außenminister Radosław Sikorski stellt im Sejm die Außenpolitik für 2009 vor und bezeichnet Deutschland als »Schlüsselpartner« Polens. U.a. werde Polen Russland die Teilnahme am Programm der »Östlichen Partnerschaft« vorschlagen. Der Zeitpunkt, den Vertrag über die Errichtung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen im September 2008 mit der US-Administration von George W. Bush zu unterschreiben, sei genau richtig gewesen, da der neuen amerikanischen Regierung von Barack Obama viel weniger an dem Projekt gelegen sei.
15.02.2009	Am Vortag seines Treffens mit Bundeskanzlerin Angela Merkel betont der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten, Władysław Bartoszewski, dass eine eventuelle Zugehörigkeit Erika Steinbachs zum Stiftungsrat des »Sichtbaren Zeichens« ernsthafte Folgen für das polnisch-deutsche Verhältnis nach sich zöge. Es wäre zwar kein Rechtsbruch, aber eine grobe politische Unanständigkeit.
15.02.2009	In einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« stellt Staatspräsident Lech Kaczyński fest, dass die Regierung angesichts der herrschenden Wirtschaftskrise einer grundsätzlichen Rekonstruktion bedürfe
16.02.2009	Als Reaktion auf das Interview von Staatspräsident Lech Kaczyński für die Tageszeitung »Rzeczpospolita« am Vortag teilt der Chef des politischen Kabinetts des Ministerpräsidenten, Sławomir Nowak, mit, es bestehe auch angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise kein Bedarf an einem Bündnis mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Im Interview für »Rzeczpospolita« hatte Kaczyński diese Möglichkeit nicht in der von Nowak dargestellten Weise formuliert.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für seine Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen